

Bitte ausschneiden (oder fotokopieren) und zurücksenden an:
KOORDINIERUNGS-AUSSCHUSS DER FRIEDENSBEWEGUNG
Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel. /69 29 04

V.i.S.d.P.: Gerd Greune
Dorotheenstr. 20
5300 Bonn 1

Name: _____ Anschrift: _____

Organisation: _____

Funktion: _____ Telefon (wichtig!): _____

Anmeldung

zum Großen Ratschlag der Friedensbewegung 1985

- ☐ Ich/Wir nehme/n am Großen Ratschlag am 16./17. Juni in Köln mit Personen teil und zahle/n vorab den Teilnehmer/innen-Beitrag von 10,- DM pro Person = DM Die Eintrittskarte/n werden mir/uns zugeschickt.

Ich/Wir interessieren uns für die Arbeitsgruppe Nr.:

Ich/wir schlage/n eine Arbeitsgruppe zu vor.

Unterstützungserklärung/Bestellungen:

- ☐ Ich/Wir unterstütze/n die weitere Arbeit des Koordinierungsausschusses mit DM (Friedensgruppen bitten wir um einen Beitrag von mindestens 50,- DM.) und erhalte/n damit sämtliche Materialien des KA einschließlich des Readers für den Großen Ratschlag und der Auswertung ohne weitere Bestellung.

- ☐ Ich/Wir bestelle/n Expl. „Reader zum Ratschlag“ zu 6,- DM (incl. Porto) = DM

- ☐ Ich/Wir bestelle/n Expl. der Materialmappe „Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika“ zu 3,- DM + Porto (ab 20 Expl.: 1,65 DM + Porto) = DM

Den Gesamtbetrag von DM

- ☐ habe/n ich/wir am überwiesen auf ☐ Gerd Greune, Sonderkonto Frieden (KA)
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)
Konto Nr. 87 783

☐ Gerd Greune, Sonderkto. F.
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Konto Nr. 7991-501

- ☐ dieser Antwort beigelegt als ☐ Scheck ☐ Bargeld

Friedens - Informationen



Nr. 10 Juni 1985

Unkostenbeitrag: 0,50 DM

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Geheime Raketen Pläne enthüllt

Es ist kaum zu glauben, aber wahr: die geheimen Einsatzpläne von Atomraketen in der Bundesrepublik wurden im schwäbischen Dorf Schechingen in einem Müllkontainer gefunden. Durch diesen Skandal wurde bekannt, wie die Bevölkerung von der Bundesregierung und den amerikanischen Behörden über Einsatz und Kontrolle von Atomwaffen getäuscht wurde. Aus dem 230 Seiten dicken PERSHING II Handbuch ergeben sich für den geplanten Einsatz der 96 Cruise Missiles:

1. Ein großer Teil ist ständig atomar bestückt !
2. 24 Cruise Missiles sind ständig gefechtsbereit, das heißt im einzelnen:
 - Sie befinden sich außerhalb der B-Battery auf festgelegten Abschußstellen im Hunsrück.
 - Die Atomsprengköpfe sind installiert.
 - Die Zieleingabe ist vorgenommen.
 - Die Raketen stehen in Alarmbereitschaft.
 - Die übenden Soldaten werden erst kurz vor dem geplanten Abschuß informiert ob es sich um eine Übung oder den Ernstfall handelt.
3. Es gibt Einsatzbefehle für den Notfall im Kriegszustand. Das bedeutet:
 - Die Brigade kann ihre Geschosse selbständig abfeuern ohne Freigabe des amerikanischen Präsidenten.

Die Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück-Mosel werden in einem Extrablatt die Bevölkerung über die weiteren Hintergründe informieren.

Tuchs

Anwesende : St.Goar, Bacharach, Emmelshausen, Kirchberg, Biebertal, Rheinböllen, Stromberg, Boppard / Rüdesheim u. Hesweiler

Tagesordnung :

1. Bericht über Aktionen der 2. Maiwoche
2. B-Battery-Präsenz
3. Einschätzung möglicher Herbstaktionen
4. Termine
5. Tiefflug - Aktionen
6. Verschiedenes



Zu 1.)

Gemeint waren Berichte über Aktivitäten der Woche vom 5.-12. Mai '85.

→ Am 5. Mai nahmen ca. 33 Pers. vom Hunsrück anlässlich des Reagan-Besuchs in Bitburg an der Kundgebung und Demonstration teil. Während der Auftaktkundgebung hielt Heidrun als Vertreterin des Hunsrücks eine Rede. Der Demonstrationzug führte an einer ehemaligen Synagoge vorbei (mit Kranzniederlegung). Es bestand keine Möglichkeit, in unmittelbare Nähe der Fahrtstrecke Reagans zu gelangen.

→ Über versch. Aktionen anlässlich des 8. Mai wurde berichtet:

- Pfaffenheck: der Landrat hielt die angekündigte Gedenkstunde ab, um die es im Vorfeld viele Diskussionen gegeben hatte (s. Offener Brief, Leserbrief etc.). Ca. 200 Pers. waren unter gr. Polizeiaufgebot anwesend (u.a. zahlreiche CDU-Bürgermeister).
- Dickenschied: Gedenkfeier am Grab Paul Schneiders (am Vormittag mit Ordensleuten, nachmittags mit der SPD).
- Boppard/Bacharach: Aufstellung eines Holzkreuzes am Mahnmahl sowie Kranzniederlegung und Aufstellung von Schildern mit Namen der ermordeten Juden.
- Bingen: Gedenkfeier am Markt, anschließend Stadtführung zu Häusern ehemaliger Deportierter.

→ Vom 3.-9. Mai waren die ORDENSLEUTE für den FRIEDEN in Hasselbach und hatten zu Gebetsstationen eingeladen. Es wurde ein kurzer Bericht über ihre Aktivitäten und persönl. Eindrücke gegeben. Ca. 80 Ordensleute (Mönche, Nonnen, Laienbrüder u. Nichtpriester aus versch. Orden, vorwiegend Dominikaner u. Franziskaner aus Köln) hielten während der gesamten Zeit eine Gebets- und Dauerwache vor dem Haupttor der B-Battery. Darüber hinaus fanden versch. Informationsabende statt, u.a. über das SDI-Programm mit dem Physiker ENGELS. Letztere Veranstaltung wurde sehr zur Nachahmung empfohlen, der Physiker sei sicherlich zum Referieren bereit (Näheres hierzu über Fam. Fuchs, Unzenberg zu erfahren). Fazit : Ordensleute bezogen klare Positionen, erhielten sehr positives Echo. Sie wollen sich auch in Zukunft an den Ort Hasselbach binden und versuchen, stärker auf die kath. Kirche in puncto 'Friedensengagement' einzuwirken.

Zu 2.)

Beginn der Dauerpräsenz war am 9. Mai durch die FI St.Goar, die über die Reaktionen der Bauarbeiter berichteten. Es schloß sich eine Diskussion an über den 2. Transparent-Spruch 'Wer hier arbeitet, macht sich mitschuldig'. Fazit : In den Gruppen sollte nochmals über den Spruch diskutiert, gegebenenfalls neue Vorschläge gesammelt und zum nächsten Delegiertentreffen mitgebracht werden.

In der Zwischenzeit nur das 1. Transparent ('Hier wird Krieg vorbereitet') nutzen und evtl. eigene Sprüche mitbringen (z.B. Sandwiches)!

Weitere Einteilung :

17.5.: Emmelshausen / 20.5.: Stromberg / 21.5.: Bacharach / 22.5.: Kirchberg / 23.5.: Emmelshausen / 24.5.: St.Goar
Fortsetzung wird auf nächstem Delegiertentreffen erarbeitet.

Zu 3.)

Im Koordinationsausschuß geht die Tendenz in Richtung 'Großaktionen am Stationierungsort'. Heidrun soll einen Einschätzungsbericht vom Hunsrück schreiben. Zentrale Frage und Diskussionspunkt war : Was wollen wir ?

Erkenntnis : Wir wissen nicht, was wir wollen !

Wir dürfen uns nicht von anderen Gruppen Aktionen präsentieren lassen, sondern müssen selbst aktiv und planerisch werden.

Es zeigen sich zwei Tendenzen: - Großaktionen

- Dezentrale Aktionen vor Ort

Vorschlag : Bilden einer Arbeitsgruppe, die sich mit Möglichkeiten und Vorschlägen zu Herbstaktionen befaßt und an den Koordinationsausschuß weitergibt.

Zum nächsten Delegiertentreffen soll hierzu ein Stimmungsbild aus den Stammtischen vorliegen !

Zu 4.)

Nächste Vollversammlung : Sonntag, 2. Juni '85, 14 Uhr
Gemeindehaus in Hasselbach

Zu 5.) u. 6.): Die Zeit war zu sehr fortgeschritten . . . beim nächsten Mal mehr darüber !

Uschi Jordan, Rheinböllen



Alle
die für Frieden
und gegen
Abrüstung sind
sollen doch
einmal versuchen
eine Hand
zu schütteln
die ein Messer
umklammert

Titus H. J. Simon

2. Mai 1985

Offener Brief

An
Landrat Dr. Armin Jäger
Kreisverwaltung
Ludwigstr. 3
6540 Simmern

Sehr geehrter Herr Dr. Jäger,

mit großer Empörung und tiefer Bestürzung haben wir von Ihrer Absicht erfahren, auf dem "Ehrenfriedhof" in Pfaffenheck am 8. Mai eine Gedenkfeier anlässlich der "deutschen Kapitulation" zu veranstalten.

Ist Ihnen nicht bekannt, um welchen "Ehrenfriedhof" es sich dort handelt? Unseres Wissens befinden sich dort mindestens 80 Gräber von Angehörigen der faschistischen 6. SS-Gebirgsdivision Nord. Sie war eine Einheit der Waffen-SS, über die Eugen Kogon in seinem Buch "Der SS-Staat" (München 1974) schreibt: "Die Waffen-SS wurde Himmlers Spezialkampftruppe zur Eroberung Europas. Sie hat diese Aufgabe nach Kräften erfüllt. Sie war stolz darauf, 'des Führers Elite' zu sein, jetzt mehr Sturm-Regimenter als Schutz-Staffeln. Ihren Siegen folgte auf den Fuß der SD mit den Liquidationskommandos, 'Einsatzkommandos' genannt." Sie wurde von Himmler gebraucht, "um eines Tages, wenn die Aufgabe der Soldaten erfüllt war, die Geeigneten aus ihren Reihen für die Aufrechterhaltung des neuen 'germanischen' Herrenregiments als nationalsozialistische 'Elite' zurückzubehalten." (S. 53,54) "Sie waren tatsächlich Elite in Himmlers Sinn, und Hitler war sehr stolz auf sie; er liebte sie. ...Ihr rücksichtsloses Draufgängertum und ihre Erbarmungslosigkeit hatten zwei Folgen: sie erlitt riesige Verluste, und sie erhielt beim Gegner ihrerseits keinen Pardon mehr." (S. 369)

Die 6. SS-Gebirgsdivision verstrickte kurz vor Ende des II. Weltkrieges die umliegenden Hunsrückdörfer in schwere Kampfhandlungen, die weitere sinnlose Opfer kosteten.

Über die Greuelthaten auf ihrem weiteren Rückzug berichtet die Frankf. Rundschau vom 13.4.85 "...Doch am Osermontag (2. April 1945) im Morgengrauen fällt eine deutsche SS-Division auf der 'Platte' ein. Als die Sonne aufgeht, sind die beiden Dörfer zum zweiten Mal besetzt. Kurz darauf liegen die zwölf Soldaten der amerikanischen Nachrichtentruppe tot am Dorfrand: Genickschuß. Auch die amerikanischen Wachsoldaten wurden erschossen. Mit Genickschüssen von Waldensberg bestätigen sie ihren Ruf als militärische Mörderbande. Mit den Genickschüssen provoziert und verantwortet sie die Toten hier und im Nachbarort Leisenwald. Es sind zweieinhalbtausend Männer der 6. SS-Gebirgsdivision Nord mit der Nummer des Totenkopf-Ordens

im Arm, auf der Flucht vor den amerikanischen Truppen. Mitglieder der Waffen-SS, die bei Kriegsende fast eine Million Soldaten umfaßt, unter ihnen auch zwangsverpflichtete Jugendliche aus den letzten Kriegstagen. 'In fanatischer Treue fest zum Führer.'

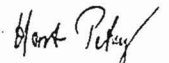
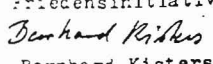
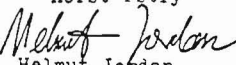
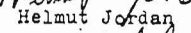
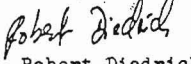
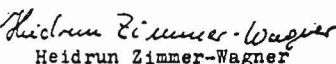
Im nahen Kinzigtal erschießen SS-Männer eigene Soldaten per Standgericht, die vom Krieg nichts mehr wissen wollen. In Hirzenhain, ein paar Kilometer weiter, verüben sie einen Massenmord an 81 Frauen, polnischen Zwangsarbeiterinnen kurz vor ihrer Befreiung...."

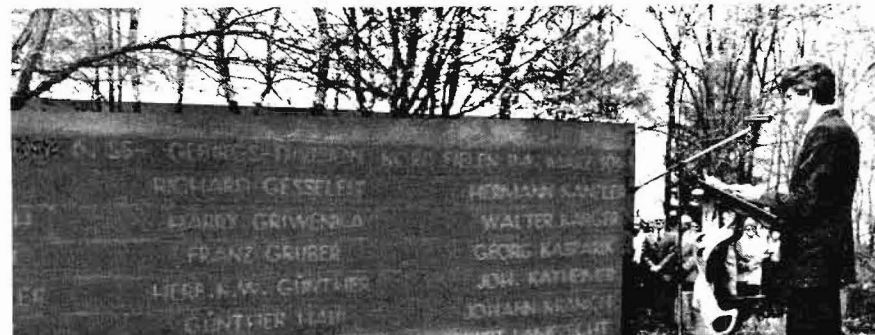
An den Gräbern dieser faschistischen 6. SS-Gebirgsdivision Nord eine Gedenkfeier für den "Übergang der Hitler-Diktatur zur Demokratie" zu veranstalten, halten wir für bodenlos geschmacklos. Aus Tätern Opfer zu machen, ist eine Verhöhnung aller wirklichen Opfer des deutschen Faschismus.

Es liegt uns fern, nach 40 Jahren Tote zur Rechenschaft zu ziehen und die Trauer der Angehörigen ignorieren zu wollen. Bitte bedenken Sie auch, daß Sie auch diejenigen Bewohner unseres Kreises repräsentieren, denen großes Leid durch die NS-Diktatur und ihre Erfüllungshelfen widerfahren ist, und die durch eine derartige Geste Ihrerseits zutiefst verletzt sein müssen.

Wenn es Ihnen Ernst ist mit der Mahnung, "daß die Schrecken eines Krieges nie wiederkehren dürfen", sollten Sie nach bekanntwerden obengenannter Fakten es als Ihre Pflicht ansehen, den 8. Mai an einen würdigeren Ort zu begehen. Wesentlich geeignetere Orte für eine Mahn- und Gedenkfeier zum Tag der Befreiung vom Faschismus wären unserer Meinung nach:

- der Friedhof in Dickenschied, wo der mutige evangelische Pfarrer Paul Schneider begraben liegt, der von der SS im KZ Buchenwald bestialisch ermordet wurde;
 - Judenfriedhof und Synagoge in Laufersweiler, eines der Dörfer im Hunsrück mit einem ehemals hohen Anteil an jüdischen Mitbewohnern;
 - der Judenfriedhof in Kastellaun;
 - Stätte der ehemaligen Synagoge in Simmern.
- Die Friedensbewegung Rhein-Hunsrück-Mosel, die sich aus mehreren Generationen zusammensetzt und die unterschiedlichsten Weltanschauungen vereint, kann eine Gedenkfeier in Pfaffenheck nicht akzeptieren!

Für die Friedensinitiative

 Horst Petry

 Bernhard Kisters

 Uschi Jordan

 Helmut Jordan

 Robert Diedrich

 Heidrun Zimmer-Wagner



DIE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG DER CDU

Eine Nachbetrachtung zum 8. Mai in Pfaffenheck

Mit großer Empörung und tiefster Bestürzung erfuhren wir Ende April von der Absicht des Herrn Landrat Dr. Jäger (CDU), auf dem "Ehrenfriedhof" in Pfaffenheck eine Gedenkfeier anlässlich der "deutschen Kapitulation" zu veranstalten. Wir beschlossen, uns in einem offenen Brief an Dr. Jäger persönlich zu wenden. Eine persönliche Antwort blieb jedoch bis heute aus. Wir lösten mit unserem offenen Brief, der, wenn auch schlecht gekürzt, in der Rhein-Zeitung veröffentlicht wurde, eine beachtenswerte und breite Diskussion aus. Dieser Diskussion konnte sich nun auch Dr. Jäger nicht länger verschließen und er mußte seine sicherlich schon fertige Rede größtenteils umdisponieren.

Um es nochmals klar zu sagen: Es ging uns bei der Kritik nicht um das traurige Schicksal von Einzelpersonen, wir sind lediglich gegen eine nachträgliche Ehrung und Rehabilitation der Waffen-SS. Wie richtig unsere Einschätzung war, zeigte dann auch die Rede von Dr. Jäger. Nach einleitenden Worten über "Schreckensherrschaft" und "Brutalität des Krieges", welche man im Nachhinein kaum noch ernst nehmen kann, kam er sehr schnell auf den "Stein des Anstoßes" zu sprechen. Landrat Dr. Jäger zitierte aus irgendeinem Buch von irgendeinem Schriftsteller, wo dieser den inzwischen verstorbenen Pfarrer aus Nörtershausen zitiert, der den Angehörigen der Waffen-SS u.a. ein "echt soldatisches Empfinden" bescheinigt. Wir hatten "unserem" Landrat eigentlich mehr Weitsicht zugetraut und möchten ihm nochmals das Buch von dem international anerkannten Professor für Politik, Eugen Kogon "Der SS-Staat" empfehlen. Des weiteren möchten wir Herrn Dr. Jäger zu bedenken geben, daß er als höchster Repräsentant des Rhein-Hunsrück-Kreises dort auftrat, empfanden viele Bürger als Zumutung, Beleidigung und eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus, daran hat die Rede bestimmt nichts geändert.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei allen, die unsere Kritik verstanden und unterstützten. So bei der SPD-Rhein-Hunsrück, die unseren Vorschlag aufgegriffen und eine Gedenkfeier am Grab des in Buchenwald von der SS ermordeten evangelischen Pfarrers Paul Schneider veranstaltete. So bei den Grünen und der DKP des Rhein-Hunsrück-Kreises, die in Form von Stellungnahmen und Leserbriefen unser Anliegen unterstützten. Wir alle gemeinsam müssen in Zukunft noch empfindlicher werden gegen weitere Versuche, verbrecherische Organisationen wie die Waffen-SS und ihre Nachfolger salonfähig zu machen.

Horst Petry

ZUR SITUATION IN DEN USA, NIEDERLANDEN UND BELGIEN

Auch in anderen NATO-Ländern geht das zähe Ringen zwischen der Friedensbewegung und den Aufrüstungsbefürwortern weiter. Die **US-Regierung** sah sich unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und der Friedensbewegung gezwungen, Verhandlungen mit der UdSSR aufzunehmen, "mit dem Ziel, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden". Gleichzeitig konnte Reagan mit knapper Mehrheit bei mehreren Abstimmungen im Kongreß Anfang April die Bewilligung von weiteren 21 MX-Raketen (statt wie gefordert 42) durchsetzen. Die ersten Milliarden für die Erforschung der Militarisierung des Weltraums wurden gleichfalls bewilligt.

In **Belgien** wurden am 15. März diesen Jahres 16 Cruise Missiles eingeflogen und in Florennes stationiert, noch bevor die belgische Regierung ihre Entscheidung im Parlament zur Abstimmung vorgelegt hatte. Die Stationierung weiterer 32 Marschflugkörper wird vom Fortgang der Genfer Verhandlungen abhängig gemacht. Die belgische Friedensbewegung läßt sich durch diese Entwicklung nicht entmutigen.

Sie will bis zu einer Großdemonstration am 19. Oktober in Brüssel den politischen Druck so verstärken, daß im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im Dezember '85 eine Änderung der Stationierungspolitik erzwungen werden kann.

In den **Niederlanden** gehen die Vorbereitungen des Komitees "Cruise Missiles Nein" (vergleichbar mit dem Koordinationsausschuß bei uns) für die Durchführung einer "Volkspetition" gegen die drohende Stationierung mit Hochdruck weiter. In den Monaten September und Oktober '85 will die holländische Friedensbewegung alle Haushalte in den Niederlanden besuchen und der Bevölkerung die Stationierungsfrage zur Abstimmung vorlegen. Es ist zu vermuten, daß der politische Druck auch auf die niederländische Regierung stärker entwickelt werden kann, zumal nach dem einseitigen befristeten Moratorium der UdSSR für die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen und für die Gegenmaßnahmen nach dem Beginn der Aufstellung der Pershing II und Cruise Missiles.



Karikatur: Schwedes

(s. Brief an den Bundeskanzler von Elisabeth Bernhard vom Friedensstammtisch Kirchberg im Info Nr. 9)

hier die Antwort:

Sehr geehrte Frau Bernhard,

der Herr Bundeskanzler dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom April 1985. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Erlauben Sie mir zunächst eine Richtigstellung: Es ist nicht so, daß die Bundesregierung eine "Weltraumrüstung" trotz der Genfer Verhandlungen unterstützt; vielmehr unterstützt die Bundesregierung mit Nachdruck die Genfer Verhandlungen, an deren Erfolg sie höchst interessiert ist; unabhängig davon prüft sie die Bedeutung und die Folgen der Strategischen Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten und sie untersucht die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an dem anlaufenden Forschungsprogramm zu SDI. Eine Entscheidung darüber, ob die Bundesregierung ein nichtnukleares strategisches Verteidigungssystem gegen anfliegende Atomraketen unterstützen soll, wird aber erst in mehreren Jahren möglich sein; bis dahin wollen die USA klären, ob diese Idee überhaupt technisch und finanziell realisierbar ist. Unabhängig davon sieht die Bundesregierung in Verbindung mit SDI eine ganze Reihe sehr ernster bündnispolitischer und strategischer Fragen aufgeworfen, die geklärt werden müssen.

/ Die Einzelheiten der Position der Bundesregierung bitte ich den beiliegenden Materialien zu entnehmen.

Ich muß aber noch darauf hinweisen, daß die beiden Ziele der Bundesregierung, nämlich Frieden und Abrüstung, zur Zeit nicht gleichzeitig zu erreichen sind. Dem steht leider die politische Weltlage entgegen. Dennoch sind beide Ziele gültig; zwischen ihnen besteht kein Widerspruch. Daher ist auch der Leitspruch des Bundeskanzlers "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" eine völlig zutreffende Kurzfassung unserer Sicherheitspolitik.

Diese Politik wird wegen ihrer friedenserhaltenden Zielsetzung auch dem hohen moralischen Anspruch, den die Kirchen an die Politik stellen, in vollem Umfang gerecht.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


(Dr. Achmann)

Friedensstammtisch Kirchberg/Hunsrück

c/o Elisabeth Bernhard

Pferdsweide 3
6541 Dillendorf

11. Mai 1985

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Für die Beantwortung meines Schreibens vom April 1985 durch Ihren Vertreter Herrn Dr. Achmann bedanke ich mich .

Worauf ich darin zurückkommen möchte ist a) zu dem Satz daß 'Frieden und Abrüstung zur Zeit nicht gleichzeitig zu erreichen sind , obwohl zwischen ihnen kein Widerspruch besteht'!?

Ja, dieser Widerspruch ist deshalb vorhanden, weil für die Nato-politik der Friede = Übermacht bedeutet ! Und Frieden heißt doch: dasselbe Recht für jeden Einzelnen, jedes Volk und jede Rasse! Nur daraus kann sich die wirkliche Abrüstung ergeben !

Und b) zu den Kirchen, worin sich deutlich zwei Strömungen bemerkbar machen -wenn Sie genau hinhören -: die eine verantwortet sich vor dem Staat und die andere vor Gott !! Diese Zeit hat es schon gegeben ! -----

Der Anlaß meines heutigen Schreibens ist der 8.Mai, der mich sehr bewegt hat . In den Feiern von Bergen-Belsen und Bitburg war noch etwas von Wert und Tragik heraus zu spüren. Aber die Veranstaltung Hambach kam mir vor wie das größte Theater der Welt - worin ein Teil unserer (einstudierten) Jugend zur spektakulärsten Kulisse verwandt worden ist! und sie bei mir einen bitteren Nachgeschmack von Hitlers Auftritten hinterlassen. (Ich habe seine Stimme noch gut im Ohr !) Nur sprach hier der Hauptakteur mit gedämpfterem Ton, aber der Inhalt war genau so verführerisch und vermessen wie damals : Hitler wollte die Welt erobern und Reagan jetzt den Weltraum !

Aus Hitlers Plänen wurde ein Holocaust für einzelne, Völker und Rassen, aber aus Reagans Plänen wird ein Holocaust der ganzen Schöpfung!!

Bei den Worten von Mr. Reagan 'wie herrlich es sei, in dieser Welt leben zu können 'kam mir der Gedanke an Babylon :
1.Mo 11,4 : "Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, des Spitze bis an den Himmel reiche " und Off. 14,8 : "..... sie ist gefallen, sie ist gefallen; Babylon, die große Stadt ; denn sie hat mit dem Wein ihrer Hurerei getränkt alle Heiden ."

Ihr Slogan heißt immer : " .. es darf kein Krieg mehr von deutschem Boden aus-gehen ...". Wir fragen Sie ,wie denn der "Boden"heißt, worauf sich die größte Waffenfülle der Welt befindet und worauf die Auseinandersetzung zwischen Ost u. West immer näher rückt ? Wie können Sie angesichts dieser Tatsache noch von Freiheit sprechen ? In Wirklichkeit sind wir nämlich Besatzungs-land und von Siegermächten schon 40 Jahre besetzt! Wäre es da nicht an der Zeit, nach einem Friedensvertrag Ausschau zu halten ??

Und hat sich die 1.Welt nicht selbst zu Gefangenen gemacht, deren Gefängniswärter ihre tollkühnen Waffen geworden sind ?

Freiheit muß doch heißen : dem anderen sein Lebensrecht zugestehen und nicht ihn dauernd im Visier halten zu wollen ?!

Wir sind in großer Sorge um unser aller Zukunft ! Mögen Sie unsere Väter u. Mütter, Söhne u. Töchter davor, ^{verahren} zu Mördern an ihren Kindern zu werden, wenn sie gezwungen sind um ihres Verdienstes willen, für Raketenstellungen und Rüstungsexport arbeiten zu müssen !

Wir wissen, daß Sie eine schwere Aufgabe haben in einer Zeit, die noch nie da gewesen ist! Daher wünschen wir Ihnen Kraft und Gnade für das Gebot "Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen"

Gottes Segen wünscht Ihnen

E. Bernhard

Wir schließen uns Elisabeth Bernhard an !

Name :	Anschrift :	Unterschrift:
Jutta Ust	Brichenburen	J. Ust
Ralf Kaner	Koppensteinerweg 2 6541 Kirchberg	Ralf Kaner
Hildegard Zimmermann	Zeller Str. 22 6541 Ruppel	H. Zimmermann
Hildegard Luchmann	Kampelstr. 15 6541 Ab Kollatz	H. Luchmann
Manfred Fuchs	Wiesenberg	Manfred Fuchs



- UNO: 150 Staaten verurteilten
- Weltraumrüstung ! - Nur die
- USA enthielten sich der Stimme !

dreihundert Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens."

- (aus: Karl Marx, Das Kapital)
Beispiele für die Aktualität dieses Zitats
gibt es, wie jedem bekannt sein dürfte, genug.
Der Platz hier würde auch nicht ausreichen.

Die Kriegsgefahr geht also vom Imperialismus aus, der sich die Welt unterwerfen, neue Märkte erschließen, alle entgegengesetzte Kräfte erpressen oder vernichten will und der somit seine Militärdoktrin diesen Zielen angepaßt hat.

Im Gegensatz zum Imperialismus aber gibt es im Sozialismus keine vergleichbaren inneren Gesetzmäßigkeiten, Es gibt weder Personen noch Klassen, die an Rüstung und Krieg verdienen. Dem Sozialismus ist das Streben nach Frieden immanent. Die Oster-Initiative 1985 für ein Einfrieren aller atomaren Waffensysteme ist Ausdruck dieser Gesetzmäßigkeit. Die Lasten der Militärausgaben treffen im Sozialismus die ganze Gesellschaft. Es ist daher des Interesse der gesamten Gesellschaft, diese Lasten zu mindern und letztlich abzuschaffen, um die freiwerdenden Mittel für die schnellere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung einzusetzen.

Wenn man also zu den Genfer Verhandlungen Stellung nimmt, sollte man diese "Vorbemerkungen" berücksichtigen.

Ich halte die rigorose Ablehnung von Verhandlungen als "Valium für die Friedensbewegung" oder als "Betrugsmanöver der Supermächte" schlicht für falsch und dumm.

Es ist daher notwendig, daß die Friedensbewegung Verhandlungen über Abrüstung positiv und mit ihren eigenen Forderungen begleitet. Der öffentliche Druck und seine Langzeitwirkung muß weiterentwickelt werden, um die Regierungen, vor allem die der USA, zu positiven Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu bewegen. Ansprechen muß die Friedensbewegung der Bundesrepublik vor allem die Bundesregierung.

- ## Die Aktionen 1985

Von der Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland gehen politische Impulse aus, die weltweit wirken. Von daher ist es eine wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung überhaupt, wenn die Friedensbewegung weiter stabilisiert, wenn die Einheit der sie tragenden Kräfte gefestigt wird und wenn der Friedensbewegung neue Kräfte zugeführt werden.

Angesichts der Verschärfung des imperialistischen Hochrüstungskurses, angesichts der notwendigen Entfaltung der Gegenkräfte zu dieser gefährlichen Kriegsvorbereitung, angesichts des demagogischen Griffs der Herrschenden nach den Köpfen der Menschen ist es für die kommende Zeit notwendig,

- Die Bundesregierung muß sowohl mit der politischen Klarheit der Friedensbewegung als auch mit ihrer die Massen mobilisierenden Aktionsfähigkeit konfrontiert werden.

● Horst Petry

★ ★

SOLIDARITÄTSKONTO der FI Rhein-Hunsrück-Mosel

Aufgrund von mehreren Anfragen nach der Existenz eines solchen Kontos anlässlich des erneuten Ermittlungsverfahrens gegen das HUNSRÜCK-FORUM wollen wir hiermit nochmals die Kontonummer bekanntgeben:

Solidaritätskonto der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel,
- Ralf Kauer, Volksbank Kirchberg, BLZ 560 614 72

Kto 30 10 8876 1

Büro für Friedensarbeit Rhein-Hunsrück-Mosel Hauptstr. 40
Tel. 06763/3709
6544 Kirchberg

Öffnungszeiten: Mo 18 - 20 Uhr, Di 9.30 - 13 Uhr, Do 9.30 - 13 Uhr
u. 17 - 19 Uhr, Sa 10.30 - 14 Uhr

☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOS

☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon

einsenden an:

Spendenkonten:

Verein f. friedenspol. &
dem. Bildung e.V.
Voba Kirchberg, BLZ 56061472
Blz 560 614 72, Kto 1013591
Pschkto Ffm - Sonderkonto -
Hildegard Engelmann
Kto-Nr. 221898-603

Eindringlinge in die Cruise-Basis Hasselbach vor Gericht:

„Nötig, zu nötigen“

Simmern (taz) — Als die Arbeiter der Firma Hoch-Tief am Morgen des 27. August 1984 die Baustelle „Pydna“ bei Hasselbach betreten, sitzen 18 Frauen auf einem über 25 Meter hohen Baukran. Mit der Verfüllung von Beton auf der zukünftigen Cruise Missile-Rampe im Hunsrück wird es an diesem Morgen nichts. Vergangenen Freitag war Termin für fünf Besetzerinnen vor dem Amtsgericht Simmern. Nach rund drei Verhandlungsstunden bestätigte Richter Göttgen die Strafbefehle über jeweils 680 Mark (40 Tagessätze). Der Tatbestand der Nötigung, so der Richter, sei erfüllt, weil die Frauen „in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter eingegriffen“ und diese am Arbeitsplatz gehindert hätten. Zwar sei niemand im Gerichtssaal für atomare Aufrüstung. Nur, Politik gehöre nicht hierher und habe mit der Rechtsfindung nichts zu tun. Zu dem Prozeß waren rund 50 Frauen aus Bonn, Mainz, Köln und Berlin in die Rhein-Hunsrück-Kreisstadt gereist. Zusammen mit den fünf Besetzerinnen auf der Anklagebank stellten sie dem Prozeß-Ritual ihre eigenen Lebensäußerungen gegenüber: Der Gerichtssaal wurde mit

einem Netz aus bunten Wollfäden überzogen, die Frauen bildeten summand einen Energiekreis. Schweigend und mit unbewegten Minen hörten sich sodann die männlichen Vertreter der Ordnungsmacht — Richter, Staatsanwalt, Justizbeamte und die als Zeugen geladenen Polizisten — an, was die Besetzerinnen zu sagen hatten: „Ja, ich habe genötigt, ich möchte nötigen, es erscheint mir nötig, all diejenigen zu nötigen, die an diesem Rüstungswahnsinn beteiligt sind“. Nur Staatsanwalt Benad wackelte nervös mit dem Kugelschreiber, als eine der Frauen von den „Phallussymbolen Atomraketen“ sprach, „die sie uns aufnötigen wollen“. Die Besetzerinnen, die in lila Roben erschienen waren, drehten den Spieß um und klagten angesichts „der von Vegetation entblößten Erde von Hasselbach, der verletzten und geschändeten Natur“ ihrerseits Richter und Staatsanwalt „der Nötigung und des Hausfriedensbruchs auf allen Ebenen“.

An der Todesbasis Hasselbach wird inzwischen fleißig weitergebaut. Fünf Kräne überragen die mit Stacheldraht und Zäunen versehene Baustelle, die Tag und

Nacht bewacht wird. Übrigens nicht nur von Ordnungshütern. Junge Franziskaner-Mönche wechseln sich seit Freitag nachmittag vor dem Gelände in einer Gebetswache rund um die Uhr ab. Die „Ordensleute für den Frieden“ haben in der Nähe, auf dem Wiesengelände „Beller Markt“, ihre Zelte aufgeschlagen. Am 8. Mai wird von der Kirche in Kastellaun aus ein Zug zum Raketengelände stattfinden, unterwegs werden ein jüdischer Friedhof, ein Kriegerdenkmal und eine Kaserne besucht. Für 19 Uhr ist ein Gottesdienst am Bauplatz geplant.

Auch das Frauen-Widerstandscamp findet in diesem Jahr wieder im Hunsrück statt. Vom 25.7. bis 8.8. in der Nähe von Kastellaun und vom 8.8. bis 8.9. am altbekannten Ort in Reckershausen. Ein Vorbereitungstreffen ist vom 17. bis 19. Mai im Frauenzentrum Köln. *cp*
Die Frauen erwarten jetzt noch eine Schadensersatzklage der Firma Hoch-Tief, die einen Ersatzkran bestellen mußte. Ein Prozeßhilfskonto ist bei der Sparkasse Berlin, BLZ 100 500 00, Kto.-Nr.: 111 010 5270, Claudia Neitig, eingerichtet.

taz 6.5.85

Außer den Prozessen gegen die Kranbesetzerinnen laufen noch eine Reihe von Einzelprozessen. Darunter einer gegen eine Frau aus Speyer, der zur Last gelegt wird, „einem Amtsträger, der zur Vollstreckung von Gesetzen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Dienstleistung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben“. In dem Strafbefehl heißt es weiter: „Zur Tatzeit hielt das mit den Polizeibeamten Lauterborn und Buchholz besetzte neutrale Dienstfahrzeug der Kriminalpolizei vor einem Tor eines in der Gemarkung Reckershausen gelegenen Munitionslagers. Die Beamten hatten den Auftrag, einem Demonstrationszug voranzufahren. Zusammen mit etwa 15 weiteren unbekannten Radfahrerinnen fuhren Sie etwa 600 m vor dem Demonstrationszug her, umkreisten das haltende Polizeifahrzeug in der Absicht, dieses an der Weiterfahrt so lange zu hindern, bis der eigentliche Demonstrationszug aufgeschlossen hatte und somit diese Demonstrantinnen in der Lage waren, ihrerseits das Dienstfahrzeug zu umzingeln. Durch Ihr Verhalten und das Ihrer Mittäter waren die Polizeibeamten etwa 5 - 10 Minuten nicht in der Lage, das Dienstfahrzeug zu verlassen und die ihnen obliegenden Dienstpflichten zu verrichten.“

Der Strafbefehl beläuft sich auf 30 Tagessätze à 80,- DM. Zuzüglich der Verwaltungskosten auf insgesamt 2 430,- DM.

Die Beschuldigte hat Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt, deshalb kommt es am Montag, dem 3. Juni 85, um 11 Uhr zur Verhandlung im Amtsgericht in Simmern.

20 Tagessätze für Blumenpflanzen

Seit Mitte März laufen Prozesse gegen etwa 30 Teilnehmer des Friedensmarsches Mutlangen - Bonn, die am 4. September im vergangenen Jahr "widerrechtlich in das befriedete Besitztum eines anderen eingedrungen" sind.

Die Gruppe hatte als gewaltfreie symbolische Aktion an diesem Morgen vor dem Tor der Cruise-Missiles-Baustelle Blumen in Form des Friedenszeichens gepflanzt, um den todbringenden Atomwaffen ein Zeichen des Lebens entgegenzusetzen. Sie wurden anschließend vorübergehend festgenommen, da sie über das Gelände des Truppenübungsplatzes der Bundeswehr Kastellaun zu dem Tor gelangt sind. Die Polizei war bereits vorher informiert von einem Bürger aus Bell (wo die Teilnehmer des Marsches campierten), der mitbekommen hat, daß "die da irgendwas vorhaben".

Die Strafbefehle balaufen sich auf 20 Tagessätze à 17-25 DM, je nach Einkommen, wegen "Hausfriedensbruch".

Bei der mehrstündigen Beweisaufnahme in den Verhandlungen ging es vor allem darum, ob das Gelände des Truppenübungsplatzes zu dieser Zeit durch Zaun und Schilder ausreichend als "befriedetes Besitztum" ausgewiesen war. Laut Zeugenaussagen von Polizei und Bundeswehrangehörigen lagen dreifache Stacheldrahtrollen lückenlos. Eine Kontrolle des Zaunes unmittelbar nach der Aktion fand nicht statt. Bei späteren Kontrollen wurden keine Beschädigungen festgestellt. Laut Aussagen der Angeklagten waren mehrere größere Lücken vorhanden. Weder das eine noch das andere konnte letztendlich bewiesen werden.

Das Gericht ging schließlich davon aus, daß die Angeklagten widerrechtlich in das befriedete Gelände eingedrungen sind, und somit ein Straftatbestand vorliegt. In der Urteilsbegründung würdigte der junge Richter Göttgen zwar die "ehrenwerte Motivation", verwies aber auf die "legalen" Möglichkeiten gegen die Stationierung zu protestieren. Hier habe "man wohl über das Ziel hinausgeschossen".

PS.: Die Betroffenen freuen sich über Solidaritätsspenden:

Prozeßhilfskonto Thomas Schmidt, Postgiro Berlin-West
BLZ 100 100 10, Kto 431060-100

" Depot bringt Arbeitsplätze

wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Schneider mitteilt, plant das Verteidigungsministerium, in Rhaunen ein Betriebsstofflager zu errichten.

In diesem Depot sollen Kraftstoffe gelagert werden. Laut Auskunft des Verteidigungsministeriums werde das Depot 72 zivile Arbeitsplätze erhalten, davon 60 für Arbeiter und 12 für Beamte und Angestellte. Da in dem Lager auch einige Gebäude errichtet werden sollen, werde die geplante Maßnahme außerdem der Bauindustrie zugute kommen, hebt Schneider hervor."

So lautet die erste offizielle Mitteilung über das geplante Betriebsstoffdepot in Rhaunen, veröffentlicht am 29.03.85 in der Nahezeitung.

Mit weiteren Informationen geizt man bis heute. Geplant ist die Bebauung einer Fläche von 30 ha - insgesamt besitzt der Bund im Bundenbachtal (Ortsrand Rhaunen Richtung Bundenbach) und im angrenzenden Laubwaldgebiet etwa 180 ha! (Was folgt, ist erst einmal der Anfang gemacht, kann sich jeder wohl ausmalen).

Zur Lagerung der Betriebsstoffe (4 Millionen Liter Benzin, Diesel und Kerosin) sind mehrere Tanks vorgesehen, sowie auch Wach-, Versorgungs- und andere Gebäudekomplexe.

Von zusätzlichem Schwerlastverkehr (ca 100 Lastzüge pro Tag mehr) und den dadurch erforderlichen verkehrstechnischen Änderungen (Spange von der Straße nach Bundenbach Richtung Hausen bzw. Umgehungsstraße am Ortsrand Rhaunen durch das Idarbachtal) war die Rede. Die verheerenden Auswirkungen, Folgeschäden und Probleme, die sich zwangsläufig für Rhaunen ergeben werden (Zerstörung der Dorfstruktur, massive ökologische Schäden, überörtliche Wasserversorgung etc.) werden von offizieller Seite ignoriert und die wichtige Frage "Wer ist Bedarfsträger?" nicht klar beantwortet. Die Vermutung liegt nahe, daß eine enge Verbindung zu Hasselbach und der Stationierung der Cruise Missiles besteht (Versorgung der Transportfahrzeuge mit Betriebsstoff).

Bis heute hat der Gemeinderat zu diesem Thema noch keine Stellungnahme abgegeben; "man sollte versuchen, das Beste aus der Situation zu machen", so der Ortsbürgermeister Geib.

Um nicht abzuwarten, wie "das Beste" für Rhaunen auszusehen hat, haben einige Bürger aus Rhaunen eine Initiative "Kein Betriebsstofflager in Rhaunen" gegründet, die mittlerweile schon 300 Unterschriften gegen dieses Lager gesammelt hat. Die Aktion läuft noch weiter, bleibt zu hoffen, mit Erfolg.

● Gabi Berend

Anfrage an den Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises Dr. A. Jäger vom 12.03.85:

" Sehr geehrter Herr Dr. Jäger!

Nach § 19 der Geschäftsordnung des Kreistages des Rhein-Hunsrück-Kreises stellt unsere Fraktion folgende Anfrage und bittet um schriftliche Beantwortung:

1. Welche Sicherheitsmaßnahmen sind vorgesehen, um einen möglichen Unfall wie er sich am 11.1.85 bei Heilbronn mit einer Pershing II ereignete, mit cruise missiles in Hasselbach zu verhindern?
2. Ein gepanzerter Werfer für cruise missiles ist mit vier Atomsprengköpfen mit zusammen 20 kg Plutonium bestückt. Welche Maßnahmen, speziell Evakuierungspläne für die Zivilbevölkerung, sind für den Fall vorgesehen, daß bei einem Unfall mit cruise missiles in Hasselbach Plutonium freigesetzt wird?
3. Welche Maßnahmen sind vorgesehen für den Fall, daß bei Temperaturen von 1000 bis 2000 Grad Celsius, wie sie bei dem Brand des Raketentriebwerkes in Heilbronn auftraten, Plutoniumoxidstaub durch eine Rauchsäule großflächig verteilt wird und ein Areal von der Größe des Rhein-Hunsrück-Kreises für Jahrzehnte unbewohnbar macht?
4. Bei den Sprengköpfen der cruise missiles handelt es sich um Fusionsbomben, die zu ihrer Zündung Tritium benötigen. Wird bei einem Unfall Tritium freigesetzt, so dringt es in den Erdboden ein und verseucht irreversibel das Grundwasser. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Freisetzung von Tritium zu verhindern? Welche Pläne gibt es für den Fall, daß Tritium freigesetzt wird und das Grundwasser verseucht?
5. Auf welcher Ebene erfolgt die Information deutscher Stellen durch die US-Amerikaner bei einem möglichen Unfall mit cruise missiles? "

gez. Ulla Krönig

DIE ANTWORT:

"Sehr geehrte Frau Krönig,

den Empfang Ihres o.a. Schreibes darf ich Ihnen hiermit bestätigen.

Zu den darin gestellten Fragen ist folgendes zu bemerken: Der von Ihnen zitierte § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages berechtigt jedes Kreistagsmitglied, in den Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises, Anfragen an den Landrat zu richten.

Bei den von Ihnen angesprochenen Problemen handelt es sich jedoch eindeutig nicht um solche im Sinne der erwähnten Vorschrift.

Deshalb ist es mir leider nicht möglich, Ihre Fragen zu beantworten.

Ich bitte hierfür um Ihr Verständnis."

gez. Dr. Jäger, Landrat



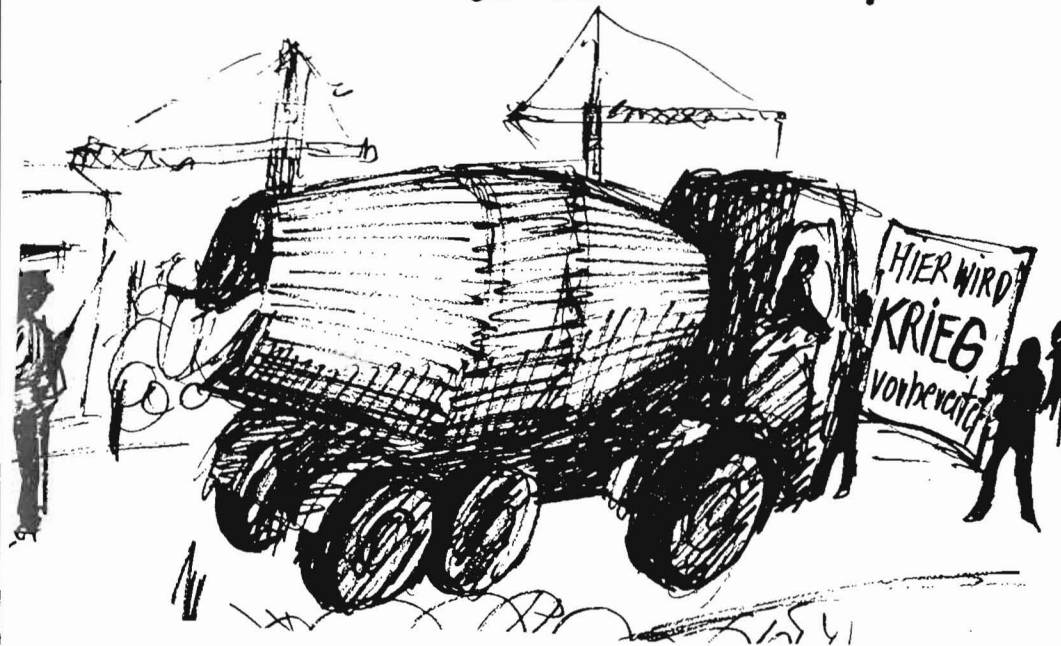
TERMINE TERMINE TERMINE

- 03.06.: Ostermarsch-Kreis-Sitzung, 19.00 Uhr in Mainz
05. - 09.06.: evangelischer Kirchentag in Düsseldorf
- 07.06.: Vorbereitungsgruppe III. Welt führt Veranstaltung durch mit Peter Steller, Mainz, zu Nicaragua: 19.30 Uhr, Biebrichheim/St. Goar, Jugendheim
16. - 17.06.: Strategiekonferenz des Koordinations-Ausschusses in Köln: "Großer Ratschlag der Friedensbewegung" (es wäre wünschenswert, mit möglichst vielen Hunsrückern dorthin zu fahren, falls wir uns bis dahin auf eine Strategie geeinigt haben!!)

Impressum:

V.i.S.d.P.
-Friedensgruppe Kastellaun-
Reinhard Szech, Hauptstr. 31, 5449 Bell

Die Mahnwache an der B-Battery



findet jeden Arbeitstag von 16-17³⁰ Uhr
statt
Wer macht noch mit ?

Letzte Meldung

**Kein Stein für die NATO
Spesenroth. Vom deutlichen Votum
der Bürger ließ sich der Spesen-
rother Gemeinderat leiten, als er
dem Koblenzer Hochbauamt, das
die Baumaßnahmen an der Beller
Raketenstation leitet, eine Abfuhr
erteilte.**

Die staatlichen Planer waren mit dem Angebot an die Gemeinde herangefreten, den alten Steinbruch zwischen Spesenroth und Hasselbach weiter ausbeuten zu dürfen. Es wird schweres Gestein benötigt, um es in den Unterbau für die Wege, Straßen und Plätze im Bereich des "NATO-Bauvorhabens" zu packen. Das Angebot war verlockend:

Bei einem angebotenen m³-Preis von -,50 DM wäre sicher eine sechsstellige Summe für die Gemeinde herausgesprungen. Bei der dünnen Finanzdecke der kleinen Gemeinde fiel dem verantwortungsbewußten Gemeinderat die Ablehnung nicht leicht. In einer Bürgerversammlung sprachen sich 3/4 der Anwesenden gegen den "Deal" aus. Ihre Argumente:

- Keine Unterstützung für das Wahnsinnsbauvorhaben!
- Der alte Steinbruch von Spesenroth ist mit einem Dickicht zugewachsen, in welchem selten gewordene Pflanzen, aber auch Tiere und Vögel Unterschlupf gefunden haben. Dies muß uns erhalten bleiben!
- Und was wäre danach? Ein Riesenloch und kaputte Feldwege. Nichts zu machen!

Ein „gewöhnlicher Unfall“?

Die „Frankfurter Allgemeine“ versteht die Welt nicht, genauer die Aufregung über den ungewöhnlichen Unfall: „Wäre das Pershing-Unglück von Heilbronn ein gewöhnlicher Unfall, warum interviewt dann der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika persönlich und bestatigt die Fortsetzung der Stationierung? Weil der Unfall ebenso wenig gewöhnlich ist wie die Stationierung. Weil sich die Menschen nicht daran gewöhnt haben, daß wir zwischen Atombomben leben. Die SPD fragt nach der deutschen Souveränität im Bündnis. Aber zugleich steht die Frage nach der technischen Souveränität. Denn im Bemühen, mit allen Mitteln fristgemäß gegen die Friedensbewegung zu stationieren, wurde offenbar explosiver Schrott geliefert. Neben die militärische Bedrohung tritt die technische. Man muß von Glück reden, daß nur drei Menschen starben. Es hätten Tausende sein können.“ Foto dpa



KONTAKTE HUNSRÜCK + MUTLANGEN

Bei dem letzten Treffen mit den Mutlanger wurde vereinbart, eine gemeinsame Dokumentation zu erstellen.

Was soll diese Dokumentation beinhalten?

- Es geht um eine Bestandsaufnahme der Hunsrück-Friedensbewegung und eine Schilderung der Vorgänge um die CM-Stationierung.
- dem gegenübergestellt werden soll eine Beschreibung der FI's um den Stationierungsort Mutlangen und eine Schilderung der Vorgänge um die Übungen mit Pershing-Raketen
- Es sollen die Aktivitäten der Hunsrück-Friedensbewegung im Hinblick auf den Herbst 85 und den Stationierungstermin 86 aufgezeigt werden.
- Die notwendige Zusammenarbeit der FI's an Stationierungs-orten soll am Beispiel einer Zusammenarbeit zwischen Mutlangen und Hunsrück mit Inhalt gefüllt werden.

Was ist der Sinn dieser Dokumentation?

- Mit dieser Veröffentlichung wollen wir unsere Friedensarbeit auf dem Hunsrück in der BRD bekanntmachen mit dem Ziel, die Verhinderung der CM-Raketen zur Sache der gesamten Friedensbewegung zu machen.
- Am Beispiel der Mutlanger Ereignisse (Raketentübungen) wollen wir aufzeigen welche Gefahren (Unfälle etc.) auf uns zukommen können.
- Wir wollen gemeinsam aus den Erfahrungen unserer Friedensarbeit lernen.

Eine Arbeitsgruppe hat bereits den die FI Rhein-Hunsrück betreffenden Teil der Dokumentation erarbeitet. Anschließend wird eine mit Mutlangern erweiterte Arbeitsgruppe das Papier soweit fertigstellen, daß es unserer FI vorgestellt werden kann.

Jochen

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

KA
'85

EXTRA~
**RUND
BRIEF**

Dorotheenstr.20·5300 Bonn 1·Tel.0228-69 2904

16./17. Juni: Großer Ratschlag der Friedensbewegung in Köln

Handlungsperspektiven

Liebe Freundinnen und Freunde!

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung ruft alle Friedensgruppen auf, sich am 16./17. Juni am „Großen Ratschlag der Friedensbewegung“ in Köln zu beteiligen. Auf dieser Konferenz soll die Strategiediskussion in der Friedensbewegung zusammengetragen, die erreichte Übereinstimmung festgestellt und überprüft werden, ob daraus eine tragfähige Grundlage für gemeinsame Aktionen entwickelt werden kann.

„Wir machen gemeinsam weiter!“ – Mit dieser Absicht hat der Koordinierungsausschuß im letzten halben Jahr über Inhalte, Aktionsformen und friedenspolitische Strategien diskutiert. Auf vielen örtlichen und regionalen Konferenzen hat die Friedensbewegung über die Grundlagen für weitere gemeinsame Handlungsmöglichkeiten beraten. Nun kommt es darauf an, diese Diskussion zusammenzutragen und daraus Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Koordinierungsausschuß wurde über Genfer Verhandlungen, Westeuropäische Union (WEU), Weltraumrüstung und über Bundeswehrplanung/Rüstungshaushalt beraten. Hierzu wurden Erklärungen angenommen und gemeinsame Forderungen entwickelt.

Der Koordinierungsausschuß wird noch vor dem „Ratschlag“ prüfen, welche Inhalte und Forderungen Grundlagen für gemeinsames Handeln sein könnten. Dabei wird über Schritte und Etappen der politischen Durchsetzung zu diskutieren sein.

Es soll der Versuch unternommen werden, diese Überlegungen in Form eines Rahmenaufrufes dem „Großen Ratschlag“ zur Beratung vorzulegen.

Leider konnte bisher nicht ausführlich genug über die KA-Diskussion in Rundbriefen informiert werden, nicht zuletzt weil die finanziellen Mittel fehlten. Das wollen wir mit einem Reader zum „Großen Ratschlag“ nachholen. Er enthält die Erklärungen und Arbeitsmaterialien des Koordinierungsausschusses sowie Strategiepapiere der KA-Organisationen für die nächsten Etappen.

Die Vorbereitung des „Großen Ratschlages“, die Unterhaltung des Büros als Anlaufstelle sowie die Rundbriefe/Reader kosten eine Menge Geld. Wir wissen, daß die Friedensgruppen selber wenig Geld haben, das Ihr vor allem für Eure Aktionen benötigt. Aber: Wenn bundesweit wieder gemeinsame Aktionen möglich sein sollen, braucht der Koordinierungsausschuß außer gemeinsamen politischen und strategischen Grundlagen auch Geld. Deshalb bitten wir Euch dringend um Spenden bis zum 31. Mai. Wer mindestens 50,- DM zur Unterstützung der KA-Arbeit gespendet hat, erhält automatisch den Reader zur Strategiekonferenz und die weiteren Rundbriefe.

Die Strategiekonferenz wird umso erfolgreicher die gemeinsamen Handlungsperspektiven der Friedensbewegung entwickeln können, je größer und repräsentativer Eure Beteiligung ist.